Pfeffinger Forum
Öffentliche überparteiliche Veranstaltung

14. Mai 2015

Ulrich Tilgner:

Warum gibt es im Mittleren Osten keinen Frieden?

Guten Abend meine Damen und Herren

Herr Schaer, vielen Dank für Ihre Einladung und Ihre einführenden Worte.

In Syrien, Irak, Afghanistan und in anderen Staaten des Orients geht das Sterben, Töten und Morden in Kriegen weiter. In Jemen gibt es zumindest einen Waffenstillstand. Dort ist zu offensichtlich geworden, dass mit einem Luftkrieg meist nur Not und Elend vergrössert werden, aber militärisch kaum etwas zu erreichen ist.

Herr Schaer: Sie sind mit Ihrem Thema zum richtigen Zeitpunkt gekommen.

Es ist natürlich eine gewaltige Herausforderung, eine Antwort auf die Frage zu geben, warum es im Orient keinen Frieden gibt. Doch zum Ende meiner beruflichen Tätigkeit habe ich die Musse, mich mit solch einem Thema zu beschäftigen. Die Kriege sind meiner Einschätzung nach auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen:

- **Wichtige Ursachen der Probleme haben die europäischen Kolonialmächte und seit dem zweiten Weltkrieg die Staaten des Westens zu verantworten.**
- **Andere Gründe haben ihre Wurzeln in der Wirtschaft und Gesellschaft der Region.**

Dabei bin ich – was die weitere Entwicklung angeht - pessimistisch und optimistisch zugleich:

- **Pessimistisch, weil ich nicht an eine positive schnelle Wende glaube.**
- **Optimistisch, weil sich der Wunsch nach Verbesserungen langfristig nicht aufhalten lassen und es letztlich zu einer Beruhigung der Situation kommen dürfte.**

Auf die Frage, welche Faktoren ausschlaggebend sind, kann ich zum Schluss nur spekulieren.

In dem Referat nutze ich Videoeinspielungen, Bilder und Diagramme.

Zu Beginn ein kurzer geschnittener Teil aus dem Film „Lawrence von Arabien“ aus dem Jahre 1962. Fünf oder sieben Oscars - einer der meist dekorierten Filme der Geschichte. Meiner Meinung nach erhielt er die Auszeichnungen zu Recht, auch wenn er aus einer britischen Kolonialoptik gedreht wurde. Lawrence und sein Begleiter haben in der Wüste aus einer

kleinen Quelle getrunken. Dann kommt auf einem Kamel der Prinz eines anderen Stammes. Auf Lawrences Frage, warum er seinen Begleiter getötet habe, antwortet Prinz Ali, „Das ist meine Quelle“. Lawrence entgegnet: „Auch ich habe aus ihr getrunken.“ Ali erwidert nur: „Sie sind willkommen.“ Und später fügt der Sharif auf den Toten zeigend hinzu: „Er war nichts. Die Quelle ist alles.“

Der Ausschnitt zeigt, wie eng Licht und Schatten im Orient zusammenliegen. Freundlichkeit und Gastrecht bilden eine Seite der Medaille, Kampf und Krieg die andere. Bis heute sind die Wüstenregionen der arabischen Welt durch diese Beduinenkultur geprägt. Aber die trockenen Wüstenregionen haben sich nicht grundlegend gewandelt. Zwar haben die Beduinen heute Autos und Mobiltelefone, aber weder die politischen noch die sozialen Strukturen wurden erneuert und modernisiert.

Und die Ursache für die fehlenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sind auch ausländische Interventionen.

Zum Ausgang eines historischen Rückblicks möchte ich an den Kolonialstatus des Mittleren Ostens und Nordafrikas vor 150 Jahren erinnern. Vor allem im Nahen Osten wurden die Bildung der Staaten und deren Grenzziehung in Geheimverhandlungen zwischen den Kolonialmächten Grossbritannien und Frankreich unter Ausschluss von Vertretern der Betroffenen ausgehandelt. Gab es andere Versprechungen vor Ort, dann aus dem Interesse, Bewohner, Stämme oder Politiker für den Kampf gegen das Osmanische Reich zu mobilisieren.

Bei einem derartigen Vorgehen kann man davon ausgehen, dass Interessen im Vordergrund standen, Märkte, insbesondere die Rohstoffausbeutung und die Handelswege zu kontrollieren. Algerien, Libyen, Syrien, Irak oder Jordanien wurden zum Beispiel entsprechend solcher Kolonialinteressen etabliert. Grossbritannien setzte sogar die Herrscherfamilien der kleinen Staaten an der arabischen Küste des Persischen Golfes ein und bestimmte die Grösse der dort gegründeten Kleinstaaten. Diese Grenzen gelten bis heute, die Herrscherfamilien sind noch immer an der Macht.

Es darf nicht verwundern, dass nur nichtkolonisierten Staaten eine weitgehend eigenständige Entwicklung möglich war. Dabei denke ich an die Türkei, Iran und Saudi Arabien – sie waren keine Kolonien. Doch selbst die Entwicklung Saudi Arabiens und Irans sind durch die Ölinteressen westlicher Staaten geprägt. In Saudi Arabien wurde die Herrscherfamilie, die sich den Briten nicht unterworfen hatte, korrumpiert und dann an der Macht gehalten. Iran war im zweiten Weltkrieg britisches Protektorat und wenige Jahre nach der Wiedererlangung der vollen Unabhängigkeit organisierten die USA und Grossbritannien dort einen Putsch, um eine gewählte Regierung durch einen Monarchen zu ersetzen. 1953 verteilten Agenten des US-Geheimdienstes in den Strassen der iranischen Hauptstadt Teheran Dollarnoten an Schläger, die die demokratisch gewählte Regierung stürzen sollten. Am Ende der von der CIA und dem britischen Geheimdienst MI6 organisierten Operation Ajax stand der Sturz der Regierung Mohammad Mossadegh. Schah Mohammed Reza Pahlewi kehrte an die Macht zurück.

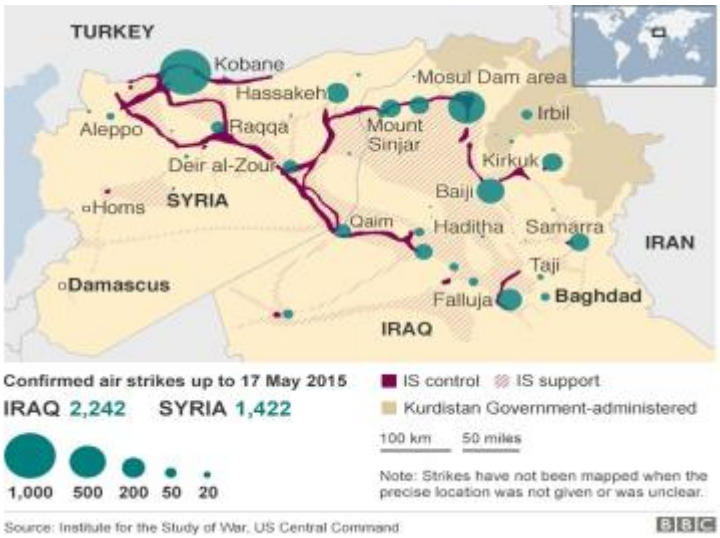
Natürlich machte er die vom Parlament gebilligte Verstaatlichung der Ölquellen wieder rückgängig.

Diese Politik der Vormachtstellung westlicher Staaten und deren Bevormundung in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts konnten auch erfolgreich sein, weil nationalistische Bewegungen scheiterten. Nasser in Ägypten und später Assad in Syrien, Gaddafi in Libyen und Hussein im Irak konnten den Ost-Westgegensatz nur nutzen, um Diktaturen zu errichten. Sie entwickelten die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Staaten nicht grundlegend und nachhaltig.

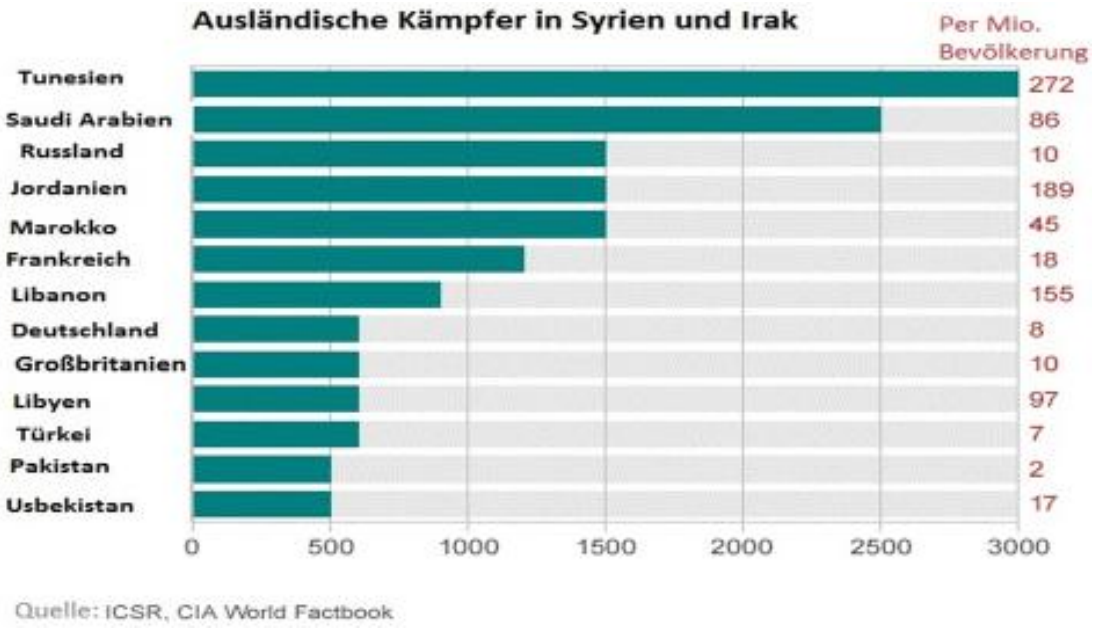
Es muss zu denken geben, dass die westlichen Militärangriffe und Kriege der vergangenen Jahre vor allem in diesen Staaten erfolgten. Dabei möchte ich deren Scheitern (also im Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien) etwas genauer betrachten:

Zuvor gehe ich auf die laufenden Militäraktionen westlicher Staaten ein.

Der wichtigste derzeitige Krieg ist der Krieg gegen den Islamischen Staat. Eine von den USA geführte Allianz greift aus der Luft an. Die Luftangriffe gegen Aufständische werden keinen Erfolg bringen, solange nicht am Boden gegen die Verbände des Islamischen Staates gekämpft wird.



Eine Aufstellung der Herkunft der zugereisten Kader des Islamischen Staates zeigt, dass die Schweiz in dieser Aufstellung nicht einmal enthalten ist.



Deshalb darf die Gefahr nicht überschätzt werden. Natürlich sind auch aus der Schweiz Personen nach Syrien gereist, um für den Islamischen Staat zu arbeiten und zu kämpfen (http://www.nzz.ch/schweiz/suche-nach-der-stecknadel-im-heuhaufen-1.18491110). Doch:

1. **sind es nach Einschätzung der Behörden nur mindestens 23 Personen aus der Schweiz in den Kampfgebieten Syriens oder Iraks (aus Europa etwa 3 000 bis 5 000).**

und

2. **Besteht die grosse Wahrscheinlichkeit, dass die meisten von ihnen im Falle ihrer Rückkehr integriert werden können. Die Lebensverhältnisse im Herrschaftsgebiet des Islamischen Staates sind extrem unattraktiv. Viele Kader werden mit Gewalt an ihrer Rückkehr gehindert. Doch das wichtigste – die Schweiz hat die Fähigkeit, Rückkehrer zu integrieren. Die Lebensverhältnisse und Verdienstmöglichkeiten sind in der Schweiz attraktiv. Und solange sich daran nichts ändert, bleibt die Gefahr für Anschläge relativ gering. Daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern und darin besteht der grosse Unterschied zu Frankreich, Grossbritannien oder Deutschland, in denen bei einer Rückkehr in Ghettos von Grossstädte eine Integration extrem viel schwieriger wird.**

Rückkehrer – insbesondere diejenigen, die mit dem Islamischen Staat gebrochen haben, müssen aktiv integriert werden. Bestrafen allein führt zu nichts. Und dann ist wichtig, dass sie nur bestraft werden, weil sie gekämpft haben. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass nicht der Eindruck entsteht, dass eine Verurteilung erfolgt, weil sie für den Islamischen Staat in den Krieg gezogen sind, sondern weil es grundsätzlich verboten ist, im Ausland an einem Krieg teilzunehmen. Die grossen Unterschiede zu Frankreich, Grossbritannien und Deutschland liegen auf der Hand. Dort fallen Rückkehrer oft in den Ghettos von Grossstädten

zurück in Isolation, Armut und Arbeitslosigkeit, die nur selten eine Chance auf Integration bieten. Wenn dann noch politische Strafmassnahmen hinzukommen, ist die Chance auf eine Integration kaum gegeben und die Möglichkeit grösser, dass die Betroffenen Terrorakte begehen. Hauptpunkt aller Bemühungen gegen den Terror sollten Integration oder Wiedereingliederung ehemaliger Jihadisten bilden.

Ich möchte damit nicht entwarnen, sondern Panikmache entgegenwirken. Vorsicht ist geboten – doch übertriebene Angst ist fehl am Platze.

In der Regel sind auch die Möglichkeiten des Islamischen Staates zu gross dargestellt worden. Seine Stärke resultiert daraus, dass drei Gruppen zusammenarbeiten, deren Bündnis nicht einfach aufzubrechen ist und deren militärische Kraft vor Ort nicht plötzlich dominant wurde. Diese drei Gruppen sind über Jahre zusammengewachsen:

- **zum einen sind es Terroristen, von denen die meisten ultraislamische Überzeugungen entwickelt haben. Zu ihnen gehören die zugereisten Jihadisten.**
- **zum zweiten handelt es sich um Beduinenmilizen, die kampferfahren sind und ihren Stammesführern folgen müssen, weil sich diese dem Islamischen Staat angeschlossen oder unterworfen haben. Sie sind getrieben durch die Ablehnung der Regierung in Bagdad, die von Schiiten dominiert wird und unter dem Einfluss Irans steht.**
- **und die Dritte Gruppe bilden ehemalige Kader des irakischen Regimes, in der Regel vor allem sunnitische Offiziere, die gegen die unter iranischem Einfluss stehende Schiiten-Regierung in Bagdad kämpfen. Sie wurden von der US-Besatzungsverwaltung aus dem Staatsdienst entlassen, nachdem einige von ihnen den USA vergeblich den Neuaufbau irakischer Streitkräfte angeboten hatten. Ich habe 2010 gefilmt, wie bei der Auszeichnung irakischer Offiziere, die von US-Spezialisten eine Woche trainiert wurden, die Hymne Iraks von vor 2003 gespielt wurde, ohne dass sich ein Iraker beschwerte. Und dies war auch vorher schon wiederholt geschehen. Der verantwortliche US-Offizier kommentierte diesen Fehler, als ich ihn am Folgetag darauf hinwies, mit den Worten: ´shit happens´**

Es ist ja gerade das von den USA im Irak hinterlassene Chaos, das den IS in dieser Form hervorgebracht hat. Faktisch ist der Irak heute dreigeteilt. Es wird noch mindestens bis zum Ende des kommenden Jahres dauern, bis der Islamische Staat im Irak besiegt sein wird. So jedenfalls schätze ich die Entwicklung ein. Diese inneren Wirren mit Tod und Elend hätten dem Irak ohne die katastrophalen Fehler der US-Streitkräfte nach der Eroberung Iraks weitgehend erspart bleiben können.

Die USA hinterlassen mit ihren Kriegen und mit ihrem militärischen Eingreifen ein Desaster auf ganzer Linie.

Eines der Beispiele, die ich in Afghanistan beobachtet habe, möchte ich anführen: Dort wurde zehn Jahre nach der Eroberung durch alliierte Truppen in den Basaren Sprengstoff verkauft, während bestimmte Kunstdüngersorten nicht importiert werden durften, weil man aus ihnen Sprengstoff herstellen könne. Wie können Sie Bauern derartige Regelungen erklären, die von westlichen Entwicklungshelfern Geld für den Kauf von Sprengstoff erhalten, um

Gebirgsstrassen bauen zu können. Den gleichen Bauern fehlt aber Kunstdünger zur Steigerung ihrer Ernteerträge.

In Afghanistan bildeten Gelder von der US-Regierung jahrelang sogar die Haupteinnahmequelle der aufständischen Taliban. Es handelte sich unter anderem um Gebühren, die Lastwagen für eine sichere Fahrt durch von Taliban kontrolliertes Gebiet entrichten mussten, um US-Militärbasen mit Nachschub zu versorgen. Für die Strecke von Kabul nach Kandahar, knapp 500 Kilometer, mussten für einen einzigen Lastwagen bis zu 10 000 US-Dollar (zehntausend) gezahlt werden. Dieses Geld wurde unter Beamten, Stammesführern und Taliban-Kommandeuren aufgeteilt.

In den Medien wurden die Einnahmen der Taliban dagegen vor allem auf Zölle reduziert, die von den Taliban auf Drogen und deren Transport erhoben wurden. Dabei wurde dann verschwiegen, dass UN-Berichten zufolge im Drogenbereich ein ebenso grosser Betrag an Mitarbeiter des afghanischen Regierungsapparates floss (die Quote dürfte im Transportwesen ähnlich sein).

Statt im Irak und Afghanistan funktionierende Zivilgesellschaften aufzubauen, hinterlassen die abziehenden ausländischen Soldaten korrupte Systeme, die sich zu failed States (gescheiterten Staaten) entwickeln, wenn sie nicht mehr durch die internationale Gemeinschaft unterstützt werden. Die USA hinterlassen verbrannte Erde. Eine Studie des Watson Institutes der Brown Universität in den USA hat ergeben, dass in den zehn Jahren Krieg in Irak, Afghanistan und Pakistan 298-354 000 Menschen getötet wurden, davon mindestens 220 000 Zivilisten, mindesten 6,7 Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen. 2,2 Millionen US-Bürger der Studie zufolge in die Kriege gezogen.

Human Costs of War:
Direct War Death in Afghanistan, Iraq, and Pakistan October 2001- April 2014[1]

	Afghanistan	Pakistan	Iraq	Total
US Military[2]	2,313[3]		4,489	6,802
US Contractors[4]	3,248	84	3,455	6,787
Allied Military and Police[5]	13,017[6]	5,386[7]	12,096[8]	30,499
Other Allied Troops[9]	1,114		318	1,432
Civilians	21,000 - 23,000[10]	20,000 - 50,000[11]	133,000 - 147,000[12]	174,000 - 220,000
Opposition Forces	15,000 - 25,000[13]	26,624[14]	36,400[15]	78,024 - 88,024
Journalists and Media Workers[16]	28	70	246	344
Humanitarian/NGO workers	298[17]	78[18]	62[19]	438
TOTAL (rounded to nearest 1,000)	56,000 - 68,000	52,000 - 82,000	190,000 - 204,000	298,000 - 354,000

Quelle: http://www.costsofwar.org/sites/default/files/Direct

Dabei zahlen die USA für die Kriege in Afghanistan, Irak und Pakistan mindestens 4 000 Milliarden US-Dollar, langfristig sogar wesentlich mehr. Eine Studie der Harvard-Universität kommt sogar zu höheren Kosten.

Summary Costs of War Iraq, Afghanistan, and Pakistan FY2001-2014, Billions of Current Dollars

Federal Appropriations and Obligations	Total FY2001-2014
Iraq (DOD and State)	823.75
Afghanistan (DOD and State)	718.62
Pakistan (DOD and State) War Related Aid and Reimbursement	19.35
Operation Noble Eagle	28.97
War Related Increases to Pentagon Base (1)	836.10
War Related Veterans Care and Disability (2)	160.39
Estimated Homeland Security War Related Increase	471.62
Interest Payments for Direct War (3)	315.70
Total Spent FY2001-FY2014 (4)	**3,374.5**
Estimate of Future Obligations Incurred for Veterans Care, NPV FY2015-2054 (5)	1,000
TOTAL SPENT AND OBLIGATED THROUGH FY 2014 (4)	**4,374.5**
Additional Cumulative Interest on Past Pentagon and State/USAID War Appropriations FY2001-2013 by 2054 (6)	**>7,900**

Quelle: http://www.costsofwar.org/sites/default/files/Summary%20Costs%20of%20War%20INC%20JUNE%2026%202014.pdf

Vor dem Hintergrund dieses auch für die USA gewaltigen Desasters haben die USA ihre Taktik im Krieg gegen den Terror verändert. Die Neuerungen charakterisierte US-Präsident Barack Obama in einer Rede in der Militärakademie Westpoint am 28. Mai 2014: „For the foreseeable future, the most direct threat to America at home and abroad remains terrorism. But a strategy that involves invading every country that harbors terrorist networks is naïve and unsustainable. I believe we must shift our counterterrorism strategy -- drawing on the successes and shortcomings of our experience in Iraq and Afghanistan -- to more effectively partner with countries where terrorist networks seek a foothold.“ („In absehbarer Zukunft bleibt der Terrorismus die grösste Bedrohung der USA hier und ausserhalb. Aber eine Strategie, jedes Land zu erobern, in dem terroristische Netzwerke existieren, ist naiv und nicht durchzuhalten. Ich glaube, wir müssen unsere Antiterrorstrategie ändern. Dabei müssen wir von den Erfolgen und Misserfolgen in Irak und Afghanistan lernen. Wir müssen effektiver mit Ländern zusammenarbeiten, in denen Terroristen Fuss fassen wollen.“)

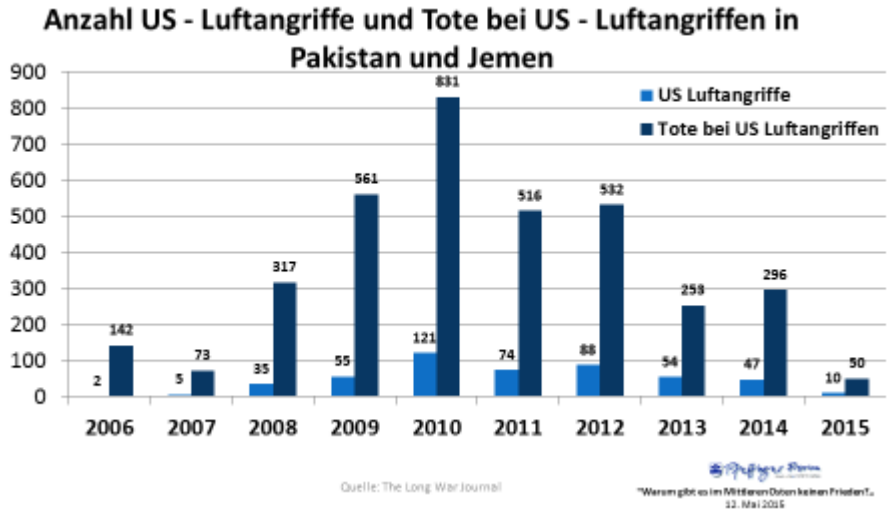
Diese Neuorientierung wegen der Misserfolge, die Obama ´shortcomings´ (Mängel) nennt, hat sich schon länger abgezeichnet und bildet bereits seit Jahren Grundlage des militärischen Handelns der USA: Die ehemalige US-Aussenministerin Hillary Clinton und mögliche Obama-Nachfolgerin hat diese Politik 2012 bereits die intelligente Nutzung von Macht genannt. Die USA müssten lernen, so Clinton, ihre Interessen auch indirekt durchzusetzen. Mit der Kombination ziviler und militärischer Mittel und durch Zusammenarbeit mit anderen Staaten sei die Durchsetzung von Interessen am besten gewährleistet. Clinton fügte hinzu, in den USA koordinierten Aussenpolitiker, Entwicklungsspezialisten und Militärs bereits ihr Vorgehen. In der Rede anlässlich eines Abendessens von Teilnehmern an einer Konferenz von Sondereinsatzkommandos aus 96 Ländern in Tampa (Florida) am 23. Mai 2012 erklärte die Aussenministerin, dass „die USA nach zehn Jahren schmerzhafter Erfahrungen gelernt hätten, nur in Sonderfällen militärische Alleingänge zu unternehmen.“

Dass es unter Obama im Orient keine neuen Bodenkriege geben wird, kann nicht beruhigen. So hat sich das Auftreten der USA im Orient zwar gewandelt, aber der Charakter der Politik bleibt weitgehend unverändert.

Das Primat des Krieges und der Waffen ist nicht durch das Primat der Diplomatie abgelöst worden, sondern Grauzonen wurden errichtet, in dem das Töten outgesourct wurde oder geheim und verdeckt erfolgt.

Der Wandel offenbart ein bedrückendes Muster. Er folgt der Logik der Waffen und der in den Kriegen in Afghanistan und im Irak gesammelten Erfahrungen. Nicht die Logik der Politik verändert das militärische Auftreten. Die Politik der USA im Orient wird vielmehr geprägt durch die Entwicklung der Militärtechnologie und durch das Scheitern der Streitkräfte. Die von Präsident George W. Bush eingesetzte brutale Gewalt wird zunehmend durch geschickt dosierte militärische Einsätze und Machtdemonstrationen ersetzt. Die Zahl von Tod und Elend vergrössert sich.

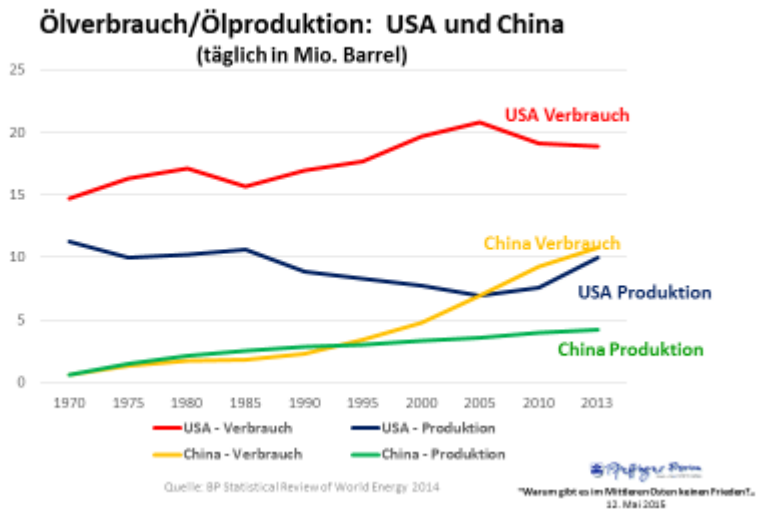
Statt Gegner zu inhaftieren, werden sie zum Beispiel bei Drohneneinsätzen getötet.



Auch gegen diese Politik bleiben internationale Proteste aus. Doch eine derartige Politik entfesselt die Gewalt in Krisenherden. Offiziell wurde in den USA behauptet, dass bei den Raketeneinsätzen in Pakistan in den vergangenen zwei Jahren keine Zivilisten getötet wurden. Dann erklärte Obama plötzlich, auch zwei Geiseln seien getötet worden. Bei einem handelte es sich um einen Mitarbeiter der deutschen Hilfsorganisation „Welthungerhilfe“.

Diese Neuorientierung der Militärtaktik hat auch einen wirtschaftlichen Hintergrund. Nachdem die USA seit etwa 2000 den Ölpreis nicht mehr kontrollieren und niedrig halten können, haben sie ein Interesse an dessen Höhe, auch um das teure Fracking für Öl und Gas im eigenen Lande bezahlen zu können. Wegen der zusätzlich geförderten Menge sind die USA immer weniger auf Importe angewiesen. Die Ölvorkommen der Länder des Persischen Golfes haben für die Vereinigten Staaten von Nordamerika an Bedeutung verloren. Auch dies ist ein Grund, weshalb ihr Interesse an der Golfregion gesunken ist. Hohe Ölpreise sind mittlerweile

ein Mittel in der Auseinandersetzung mit China, dem Land das derzeit die grössten Ölinteressen im Mittleren Osten hat.



Für die demokratische Protestbewegung in den Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas hat diese Entwicklung eine katastrophale Konsequenz. Saudi Arabien hat die Führung bei der Zerschlagung von Bewegungen übernommen, die damit beginnen könnten, eine Zivilgesellschaft aufzubauen. Der arabische Frühling ist vor allem wegen der Interessen Saudi Arabiens in einen arabischen Winter verwandelt worden. Die beiden stärksten Gruppen, die heute in Syrien Krieg gegeneinander führen sind die Al Nusra Front – also der AlKaida Ableger – und der Islamische Staat. Beide sind mit finanziellen Hilfen aus den arabischen Golfstaaten aufgebaut worden, auch wenn sie derzeit von den Luftwaffen der USA und deren arabischen Alliierten bombardiert werden. 2014 sind 18 der 23 Millionen Syrer als Flüchtlinge in Syrien selbst oder in den Nachbarländern auf die Hilfe Fremder angewiesen, um zu überleben.

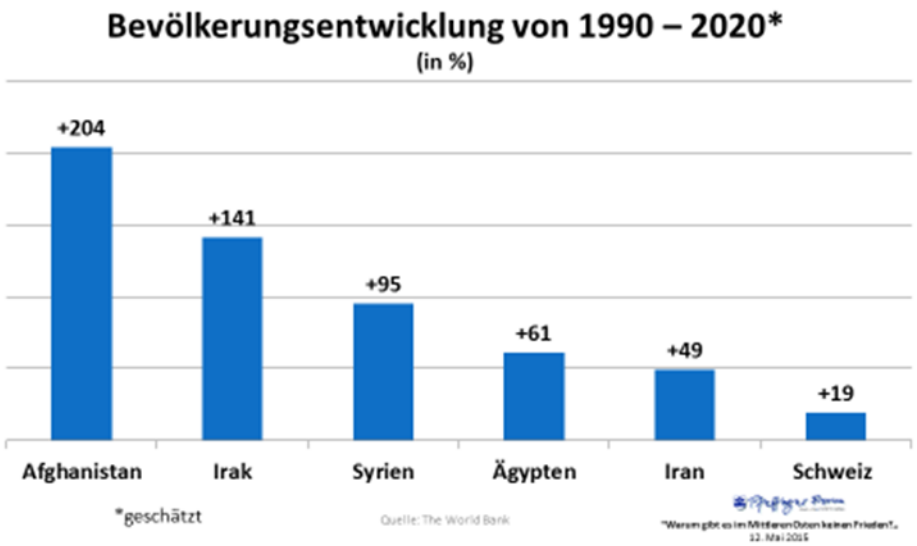
Die Zahl der Toten während des Aufstandes zum Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali betrug weniger als 100 Menschen, die zum Sturz Mubaraks weniger als 1000, die zum Sturz Gaddafis 30 bis 50 000 und in Syrien wurden bereits knapp 200 000 Menschen getötet, ohne dass sich ein Ende der Kämpfe abzeichnet. Der Krieg im Jemen, dem ärmsten Land der arabischen Welt steht erst am Anfang. Saudi Arabien hat ihn begonnen, nachdem das Land vergeblich versucht hatte, den Gewaltherrscher Saleh mit allen Mitteln an der Macht zu halten, obwohl Hunderttausende monatelang für die Demokratisierung des Landes protestierten. Die Blutspur der heutigen Bürgerkriege und Kriege führt nach Saudi Arabien. Das Königreich hat nicht nur Idi Amin, dem Ex-Präsident Ugandas und dem brutalsten afrikanischen Diktator, sondern auch dem Tunesier Ben Ali nach dessen Sturz Zuflucht gewährt. Der saudische König hatte zum Telefonhörer gegriffen, um sich bei US-Präsident Obama zu beschweren und ihm vorzuwerfen, den Sturz Mubaraks zugelassen zu haben. Als in Ägypten der gewählte Präsident Mohammad Mursi durch das Militär im Juli 2013 gestürzt wurde, stellten Herrscher der arabischen Golfstaaten Soforthilfen von sieben Milliarden US-Dollar bereit. Im Frühjahr dieses Jahres kamen noch einmal 12 Millionen US-Dollar hinzu.

Die USA setzten ihre Militärhilfe nicht nur unter Mursi, sondern auch nach dem Putsch vom 3. Juli 2012 fort und begründeten ihr Vorgehen mit „wichtigen Interessen in der Region“.

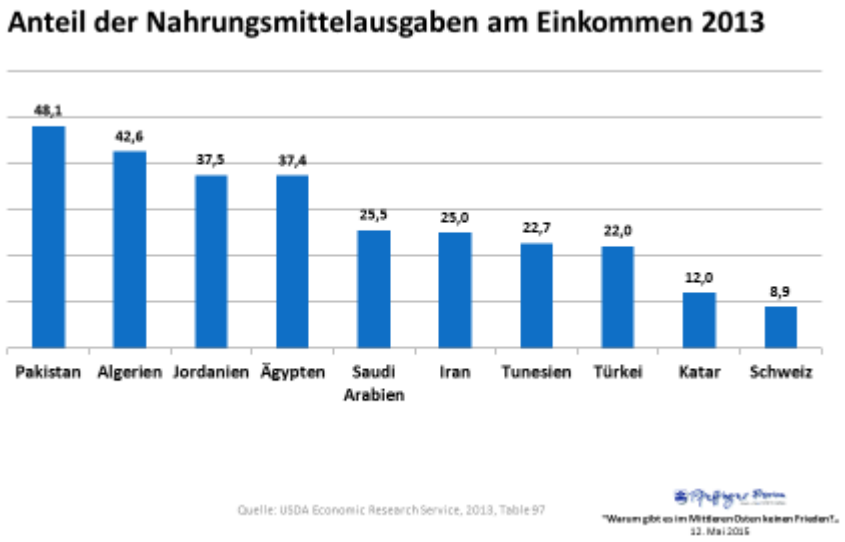
Die Ursachen für die Kriege haben aber auch einen starken internen Faktor. Die Schäden der Politik der Vergangenheit und der Gegenwart spielen den Kräften in die Hände, die sich mit allen ihren Möglichkeiten gegen den Aufbau einer Zivilgesellschaft stellen: Das sind die Stämme in der Wüste, an denen selbst Iraks Diktator Saddam Hussein gescheitert ist. Sie entscheiden über das Wohl und Wehe ihrer Untertanen. Deshalb existiert in den abgelegenen Regionen ein ausgeprägter Widerstand gegen die Modernisierung. Und in diesen Regionen wurden Kräfte für die derzeitigen Bürgerkriege mobilisiert.

Die Dynamik in den Bürgerkriegen ist so gross, weil die Mobilisierung der Stämme mit relativ geringen finanziellen Mitteln möglich wird und diese Stämme zudem für radikal-islamische Ideen anfällig sind. Damit ist ein Paradox entstanden, das in seiner Entwicklung an die Entstehung von AlKaida erinnert. Die USA haben mit der Schwächung von Zentralregierungen dem Aufstieg von Bürgerkriegsfraktionen den Weg geebnet. Diese Gruppen werden vom erzkonservativen Saudi Arabien finanziert, da das Könighaus in den Aufständischen auch Kräfte sieht, die in der gesamten Region genutzt werden können, um die Entwicklung moderner Zivilgesellschaften abzuwenden. Von den USA gelieferte Militärtechnologie und Petro-Dollar werden genutzt, um den Status Quo gegen den Ansturm demokratischer oder moderater islamischer Bewegungen zu verteidigen.

Erst ein Abwenden der USA von Saudi Arabien oder eine Veränderung der Machtverhältnisse in diesem Lande wird den demokratischen Kräften im Orient neuen Spielraum eröffnen. Doch ein derartiger Politikwechsel zeichnet sich derzeit nicht ab. Damit droht sich der Selbstzerfleischungsprozess im Orient bis auf weiteres fortzusetzen. Kriege und Angriffe westlicher Staaten werden der Vergangenheit angehören, doch der gesellschaftliche Wandel, der Frieden hervorbringen könnte, wird durch Bürgerkriege und durch die Politik Saudi Arabiens blockiert.



Das enorme Wachstum der Bevölkerung bei gleichzeitiger zunehmender Verarmung wird die Schaffung von wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, die eine der Voraussetzungen für die Bildung von Zivilgesellschaften darstellen, weiter erschweren.



Damit fehlen zumindest für die nahe Zukunft die Voraussetzungen für Frieden im Mittleren Osten. Damit dieses Ziel für diesen Teil der Welt kein Wunschtraum bleibt, müssen die Staaten des Westens ihre Politik gegenüber dem Orient radikal ändern. Es gilt, die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung aller Kräfte zu beenden, die sich einer Demokratisierung der Staaten der Region entgegenstellen.